

Niederschrift

über die am Donnerstag, dem 25. Februar 2021 im Festsaal der Volksschule Parndorf abgehaltene öffentliche Sitzung des GEMEINDERATES:

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 23:50 Uhr

Anwesend waren:

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs, LIPA als Vorsitzender
Vizebürgermeister Franz Huszar, LIPA
Gemeindevorstand Norbert Samwald, SPÖ
Gemeindevorstand Paul Czerwenka, LIPA
Gemeindevorstand Michael Boschner, LIPA
Gemeindevorstand Michael Koss, SPÖ
Gemeindevorstand Ing. Wolfgang Daniel, LIPA
Gemeinderat Franz Peter Bresich, ÖVP
Gemeinderätin Eva Nebenmayer, LIPA
Gemeinderat Johann Rechberger, SPÖ
Gemeindegassier Ing. Wolfgang Kment, LIPA
Gemeinderat Stefan Vestl, LIPA
Gemeinderat Yakup Atalay, SPÖ
Gemeinderat Reinhold Hermann, LIPA
Gemeinderätin Dr. Christa Wendelin, GRÜNE
Gemeinderätin Christine Henhagl, LIPA
Gemeinderätin Gabriele Arndt, LIPA
Gemeinderat Gottfried Wallentich, SPÖ
Gemeinderat Wilhelm Laufer, LIPA
Gemeinderat Christian Ortner, LIPA
Gemeinderat Heinz-Peter Neuner, LIPA
Gemeinderätin Christine Mujzer, SPÖ
Ersatzgemeinderat Jakob Skodler für Stefan Pfaller, ÖVP
Schriftführerin VB Sigrid Kopp, VB Mag. Doris Komar-Preis

Gemeinderat Stefan Pfaller, ÖVP, Gemeinderat Erwin Lippert und Ersatzgemeinderat Dieter Kooz, beide SPÖ, Gemeinderätin Michaela Strantz und Ersatzgemeinderat Anton Strantz beide FPÖ sind der Sitzung entschuldigt ferngeblieben. Den Gemeinderatsmitgliedern ist mit der Einladung nachstehende Tagesordnung zugegangen

Tagesordnung:

- 1.)DIENSTBARKEITSVERTRAG Energie Burgenland, Repowering Projekt Windpark Neudorf
- 2.)DIENSTBARKEITSVERTRG 2.Ergänzungsvereinbarung oekostrom Windpark Parndorf Repowering
- 3.)FREIWILLIGE FEUERWEHR Vergabe Planungsleistung Zubau Feuerwehrgebäude
- 4.)VOLKSSCHULE ERWEITERUNG UND SANIERUNG Vergabe Generalplanungsleistungen
- 5.)BESOLDUNGSREFORM 2021 IVa. Hauptstück des Bgld. GemBG 2014
- 6.)BERICHTE
 - a. Bauausschuss vom 04.02.2021
 - b. Prüfungsausschuss vom 16.02.2021
- 7.)RESOLUTIONSANTRAG Berücksichtigung Kindeswohl im Asylverfahren und Reform humanitäres Bleiberecht
- 8.)REINIGUNGSKRÄFTE Teilzeitbeschäftigung, Ausschreibung
- 9.)BERICHT Berufungsausschuss vom 10.02.2021
- 10.) PERSONALANGELEGENHEITEN KINDERGARTEN ZIESELWEG
- 11.) Allfälliges



Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs begrüßt die erschienenen Gemeindevertreter und eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße elektronische Einberufung der Sitzung am 16.02.2021 und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Begläubigern der Niederschrift über diese Sitzung bestimmt er Gemeinderat Christian Ortner und Gemeinderat Gottfried Wallentich.

Die Protokolle über die öffentliche und die nicht öffentliche Gemeinderatssitzung vom 21.01.2021 werden, bei einer Stimmenthaltung von Gabriele Arndt, zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag die Tagesordnungspunkte wie folgt zu ändern bzw. zu ergänzen: **Punkt 3)** umfasst auch die **örtliche Bauaufsicht (ÖBA)**, **Punkt 4) Volksschule Erweiterung und Sanierung** wird ergänzt und geändert in **a) Vergabe Generalplanungsleistungen** und **b) Vergabe Leasingvertrag** und **Punkt 9.) PT-Liegenschafts GmbH, Umwidmung auf GEV** wird in die Tagesordnung aufgenommen.

Der bisherige Punkte 9.) Bericht Berufungsausschuss vom 10.02.2021 wird Punkt 10.) und 10.) PERSONALANGELEGENHEITEN KINDERGARTEN ZIESELWEG wird Punkt 11.). Allfälliges wird nachgereiht. Die Tagesordnungspunkte 10.) und 11.) werden nicht öffentlich behandelt.

Diese Anträge auf Änderungen werden einstimmig angenommen.

Danach wird mit der Beratung begonnen.

1.) DIENSTBARKEITSVERTRAG Energie Burgenland, Repowering Projekt Windpark Neudorf (Audio 00:13:52 – 00:17:00)

Der Bürgermeister berichtet, dass es im Zuge des geplanten Repowering Projektes des Windparks Neudorf notwendig ist, zwei neue Niederspannungskabel inklusive Eiswarntafel/leuchte, zu verlegen beziehungsweise zu errichten. Durch die geplante Trassenführung kommt es in der KG Parndorf zu Berührungen mit Grundstücken, die sich im öffentlichen Gut der Gemeinde Parndorf befinden. Zu diesem Zweck ist der Abschluss von Dienstbarkeitsverträgen zwischen der Energie Burgenland Windkraft GmbH und der Gemeinde Parndorf notwendig.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig nach gleichlautenden Anträgen von Norbert Samwald, Ing. Wolfgang Daniel und Franz-Peter Bresich den Abschluss der Dienstbarkeitsverträge 1) zwischen der Energie Burgenland Windkraft GmbH und der Gemeinde Parndorf auf den Grundstücken Nr.: 1238/2, 1239, 1405, 1486, 1242/3, 1405, EZ.: 1 und 2) zwischen der Energie Burgenland Windkraft GmbH und der Großgemeinde Parndorf auf dem Grundstück Nr.: 1306, EZ.: 209 mit dem Zusatz, dass alle im Vertrag enthaltenen Kabel in die Erde verlegt werden.

2.) DIENSTBARKEITSVERTRAG 2.Ergänzungsvereinbarung oekostrom Windpark Parndorf Repowering (Audio 00:17:14-00:20:26)

Der Bürgermeister berichtet, dass der bestehende Grundnutzungs- und Dienstbarkeitsvertrag zwischen der oekostrom Parndorf sieben GmbH & Co KG („oekostrom P7) und der Gemeinde Parndorf ergänzt werden muss, da es bei einem Windrad zu einer geringfügigen Verschiebung gekommen ist. Die oekostrom P7 wird die bestehenden, veralteten Windkraftanlagen abbauen und durch 7 moderne, leistungsfähigere ersetzen. Um dieses Repowering zu ermöglichen, ist der Abschluss der 2. Ergänzungsvereinbarung zum Dienstbarkeitsvertrag erforderlich. Mit dieser Ergänzungsvereinbarung nimmt die Gemeinde Parndorf auch zur Kenntnis, dass die oekostrom P7 den bestehenden oekostrom Windpark Parndorf von den bisherigen Betreibergesellschaften übernommen hat und damit auch alle Vertragsverhältnisse und Bescheide, die die Gemeinde Parndorf abgeschlossen hat, auf den Rechtsnachfolger übergehen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, nach gleichlautenden Anträgen von Ing. Wolfgang Daniel, Norbert Samwald, Dr. Christa Wendelin und Franz-Peter Bresich, den Abschluss der 2. Ergänzungsvereinbarung zum Grundnutzungs- und Dienstbarkeitsvertrag zwischen der oekostrom und der Großgemeinde Parndorf vom 18.08.2015

3.) FREIWILLIGE FEUERWEHR Vergabe Planungsleistung (inkl. ÖBA) Zubau Feuerwehrgebäude (Audio 00:20:40– 00:26:00)

Der Bürgermeister berichtet, dass die Ausschreibung für die Erweiterung des Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr durch die Bauabteilung der Gemeinde Parndorf erfolgt ist. Es wurde ein nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung durchgeführt und dabei fünf geeignete Unternehmen zur Abgabe von Angeboten eingeladen.

Folgende 3 Firmen haben Angebote abgeben: Architekten Taschner-Kinger & Partner ZT GmbH, Architekten Halbritter u. Halbritter ZT GmbH und Baumeister Gottfried K. Takats. Arch. DI Kandelsdorfer teilte mit, kein Angebot zu legen. Von der Fa. Ing. Sattler Planung & Bau GmbH gab es keine Rückmeldung.

Somit liegen drei Angebote vor:

Arch. Taschner-Kinger & Partner ZT GmbH mit EUR 22.000,00 exkl. MwSt.

Bm. Gottfried K. Takacs mit EUR 28.100,00 exkl. MwSt.

Arch. Halbritter u. Halbritter ZT GmbH: EUR 43.500,00 exkl. MwSt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, nach gleichlautenden Anträgen von Reinhold Herrmann, Christine Mujzer und Dr. Christa Wendelin, die Planungsleistung (inklusive der Örtlichen Bauaufsicht) für die Erweiterung des Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Parndorf an den Billigstbieter, die Arch. Taschner-Kinger & Partner ZT GmbH zu vergeben.

4.) VOLKSSCHULE ERWEITERUNG UND SANIERUNG

a) Vergabe Generalplanungsleistungen (Audio 00:26:30 –00:54:00)

Der Bürgermeister berichtet, dass die Ausschreibung der Generalplanungsleistungen Sanierung und Erweiterung Volksschule Parndorf an CLC Consulting übergeben wurde. Die Ausschreibung wurde über die Plattform *Ausschreibung.at* abgewickelt. Über die Plattform sind 11 Teilnahmeanträge eingegangen. Nach Prüfung der Eignung wurden 7 Teilnehmer als geeignete Bewerber zur Abgabe eines Angebotes eingeladen. Worauf hin 5 Unternehmen rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist am 15.01.2021, 10:00 Uhr ihre Angebote einreichten. Nach Öffnung und Prüfung der Angebote - wobei ein Punktebewertungssystem zur Anwendung gelangte - trat das Unternehmen Takats Gottfried Karl als Bestbieter hinsichtlich Preis und Umsetzungskonzept hervor.

Bei der am 09.02.2021 durchgeführten Verhandlung, wurde mit der Fa. Takats Gottfried Karl über den Vertragsinhalt und den Angebotspreis gesprochen. Seitens des Bieters – Takats Gottfried Karl – wurde hinsichtlich des niedrigen Preises auf das vorliegende Projekt als Prestigeprojekt in der Gemeinde Parndorf und die räumliche Nähe sowie die dadurch entstehende Kostenminimierung verwiesen.

Michael Koos stellt die Frage bezüglich örtlicher Baubegleitung und ob diese in der aktuellen Vergabe beinhaltet ist. Der Bürgermeister stellt klar, dass die örtliche Bauaufsicht nach Vergabe der Planungsleistung extra auszuschreiben sein wird. Diese Vorgangsweise war sinnvoll, da sonst eine europaweite Ausschreibung notwendig gewesen wäre.

Dr. Christa Wendelin stellt die Frage, ob es sich bei dem Vergabepreis um einen Fixpreis handelt. Bürgermeister Kovacs bestätigt den Fixpreis unter der Feststellung, dass es am Gesamtvolumen des Bauprojektes keine größeren Änderungen mehr geben wird. Es wird danach angefragt, ob auch die Gesamtinvestition von € 3,14 Mio. als Fixpreis zu sehen ist. Diese Annahme kann natürlich nicht bestätigt werden, da es sich nur um eine Kostenschätzung aus den Werten des letzten Umbaus handelt, wobei natürlich der Index berücksichtigt wurde. Das Baugewerbe ist aktuell ein unsicherer Preisfaktor, mit einem Anstieg der Preise muss gerechnet werden. Genaue Informationen können hier erst nach der Ausschreibung der Gewerke gegeben werden.

Jakob Skodler fragt nach, ob bei der Ausschreibung der § 25 des Bundesvergabegesetz eingehalten wurde. Bürgermeister teilt mit, dass er davon ausgehe, dass die CLC Consulting die Übermittlung oder Bereitstellung aller Informationen, die im Zusammenhang mit den Vorarbeiten vorhanden waren weitergegeben habe. Erörtert wird die Folge, wenn § 25 außer Acht gelassen wurde. Es könnte dazu führen, dass ein Mitbewerber Einspruch erhebt. Mit Sicherheit wäre ein Zeitverlust gegeben, im Extremfall würde der Bestbieter ausscheiden.

Nach dem Antrag von Gabriele Arndt beschließt der Gemeinderat, bei einer Gegenstimme von Jakob Skodler und einer Stimmenthaltung von Franz-Peter Bresich, die Generalplanungsleistung

für die Erweiterung und die Sanierung der Volksschule Parndorf an Baumeister Takats Gottfried Karl zu vergeben.

b) Leasing (Audio: 00:56:01 – 01:04:22)

Der Bürgermeister berichtet, dass zur Finanzierung der geplanten Um- und Zubauten am bestehenden Leasingobjekt Volksschule die Erweiterung des Immobilien-Leasingvertrages nötig ist.

Gemeindekassier Ing. Wolfgang Kment bringt den Inhalt des 1. Nachtrag zum Immobilien-Leasingvertrag, vom 11.11.2010 über die Grundfläche der EZ 3573, KG 21020 Parndorf vor.

Nach dem Antrag von Gemeindekassier Ing. Wolfgang Kment beschließt der Gemeinderat, bei zwei Stimmenthaltungen von Franz-Peter Bresich und Jakob Skodler mehrheitlich den 1. Nachtrag zum bestehenden Immobilien-Leasingvertrag mit der Raiffeisen-Leasing Österreich abzuschließen.

5.) BESOLDUNGSREFORM 2021 IVa. Hauptstück des Bgld. GemBG 2014 (Audio 01:04:30 – 02:05:00)

Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs berichtete über die Besoldungsreform 2021, womit unter anderem ein neues Entlohnungsschema geschaffen wurde.

Die „Besoldungsreform 2021“ kann auf die Dienstverhältnisse der Gemeindebediensteten der Gemeinde Parndorf nur dann zur Anwendung gelangen, wenn einerseits deren Anwendung im Gemeinderat beschlossen wird (Grundvoraussetzung: Dienstgeber-Option) und andererseits eine schriftliche Erklärung durch die/den Gemeindebedienstete/n abgegeben wird, dass ein Umstieg in das neue Dienst- und Besoldungsrecht gewünscht ist (Optionserklärung durch den Mitarbeiter).

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde aktuell 100 Mitarbeiter beschäftige und derzeit daran gearbeitet werde, welche Auswirkungen die Anwendung der Besoldungsreform 2021 auf die einzelnen Mitarbeiter habe und andererseits, welche Kosten und damit einhergehende Konsequenzen auf die Gemeinde zukommen könnten. Genaue Berechnungen dienen als Grundlage für einen Beschluss des Gemeinderates. Eine erste grobe Berechnung habe Mehrkosten von monatlich zirka € 250.000,00 für die Bruttogehälter ergeben. In Bezug auf Lohnnebenkosten und Rückstellungen sind die Erhebungen noch ausständig, da sie von der Anzahl der übertretenden MitarbeiterInnen abhängen.

Eine Sitzungsunterbrechung wird von 20:52 Uhr bis 21:03 Uhr durchgeführt.

Der Gemeinderat diskutiert darüber, aufklärende Gespräche mit den Mitarbeitern zu führen und einen Vergleich ihrer Lebensverdienstkurven vor und nach einem etwaigen Umstieg vorzunehmen. Einigung besteht weitgehend darüber, dass mit jedem einzelnen Mitarbeiter Gespräche geführt werden müssen und über die Veränderungen aufzuklären ist. Dies ist auch notwendig, um abschätzen zu können, ob und für wie viele Mitarbeiter ein Umstieg in Frage komme. Ebenfalls besprochen und erörtert wurde durch den Bürgermeister die Tatsache, dass in der Gemeinde Parndorf keine Personalvertretung (Betriebsrat) vorhanden ist. Die bisherigen Personalvertreter haben die Funktion zurückgelegt bzw. die Gemeinde verlassen. Daher ist eine Beratung durch Personalvertreter ausgeschlossen. Die Berechnungen und Beratungen der Mitarbeiter werden aber ohnehin von der Personalabteilung der Gemeinde durchgeführt.

Bürgermeister Kovacs stellt klar, dass diese Mehrausgaben heuer nicht im Budget eingerechnet wurden und aufgrund der Corona Situation auch nicht so leicht umzusetzen sein werden. Das Budget für heuer sei bereits beschlossen und wenn nunmehr derartige Mehrausgaben berücksichtigt werden sollen, so muss auch die Finanzierung beschlossen werden. Das bedeutet, dass eventuelle geplante Projekte gestrichen werden müssten oder Mehreinnahmen hinzukommen müssten, was eher unrealistisch sei. Er erörtert, dass aus seiner Sicht eine Beschlussfassung im September mit Wirkung der Besoldungsreform ab Jänner 2022 realistisch ins Auge gefasst werden sollte.

Jakob Skodler diskutiert, dass er es nicht sinnvoll findet den Mitarbeitern mitzuteilen, dass „der politische Wille der Umsetzung“ gegeben ist, sondern, dass alle Erhebungen die als Grundlage für eine Entscheidung dienlich sind vorzunehmen sind, und den Mitarbeitern die Umsetzung nicht in Aussicht gestellt werden sollte.

Jakob Skodler stellt daher den Antrag, den Tagesordnungspunkt aufgrund der fehlenden Unterlagen auf September zu vertagen, um bis dahin die entsprechenden Daten erheben zu können, jedoch nicht mit dem Zusatz, dass der politische Wille des Gemeinderates gegeben sei, die Besoldungsreform umzusetzen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt. Für diesen Antrag stimmten Jakob Skodler, Franz-Peter Bresich, Michael Boschner, gegen diesen Antrag stimmten Wolfgang Kovacs, Franz Huszar, Norber Samwald, Paul Czerwenka, Johann Rechberger, Wolfgang Daniel, Eva Nebenmayer, Wolfgang Kment, Yakup Atalay, Reinhold Hermann, Gabriele Arndt, Michael Koss, Wilhelm Laufer, Christine Henhabel, Christa Wendelin, Gottfried Wallentich, Christian Ortner, Heinz-Peter Neuner, Christine Mujzer. Stefan Vestl enthielt sich seiner Stimme.

Nach den gleichlautenden Anträgen von Dr. Christa Wendelin, Reinhold Hermann und Michael Koss beschließt der Gemeinderat mehrheitlich, den Tagesordnungspunkt auf September 2021 zu verschieben um dann - nach den Erhebungen in Bezug auf die zu erwartenden Kosten für die Gemeinde - zu entscheiden, ob ein Beschluss zur Dienstgeber-Option gefällt wird. Der grundsätzliche politische Wille, die Besoldungsreform 2021 in der Gemeinde Parndorf umzusetzen, ist gegeben, dennoch sollen die Erhebungen vorgenommen werden, um eine Grundlage für die Fassung eines Beschlusses zu erhalten. Gegen diesen Antrag stimmte Ing. Wolfgang Kment. Jakob Skodler, Michael Boschner. Franz-Peter Bresich enthielt sich der Stimme.

6.) BERICHTE (Audio 02:04:13– 01:38:50)

a) Bauausschuss vom 04.02.2021 (Audio 02:04:59– 02:17:30)

Der Obmann des Bauausschusses Wilhelm Laufer bringt dem Gemeinderat das Protokoll über die Sitzung des Bauausschusses vom 04.02.2021 vollinhaltlich zur Kenntnis. Er berichtet:

Punkt 1) Projektentwurf Bahnstraße: Die Grundstücksgröße wurde geändert, die Bebauung sieht die Errichtung von 26 Reihenhäusern sowie eine umfassende Sanierung und Umbau des bestehenden Wohnhauses zu 6 Wohneinheiten und einer Bebauungsdichte von 26% vor. Die Ausnützung wäre im gültigen Rahmen. Geplant sind zwei oberirdische Geschosse mit Gebäudehöhe von zirka 6,0m. Die geforderten zwei PKW-Stellplätze pro Wohneinheit werden eingehalten. Die festgesetzten Baulinien werden eingehalten. Damit der laut Teilbebauungsplan, Gebietstyp D erforderlichen Größe im Wohnbau pro Wohneinheit entsprochen wird, wird jedes 2. Reihnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss in Flachdachbauweise geändert. Die „alte Weberei“ soll vorerst erhalten bleiben, die spätere Nutzung ist ungeklärt. Dem Gemeinderat wird empfohlen, dass gegenständliche Projekt als bewilligungsfähig einzustufen. Der Projektwerber muss die Zustimmung erteilen, auch auf den Flächen der „alten Weberei“ die Richtlinien des zukünftigen Bebauungsplanes Ortsgebiet einzuhalten.

Punkt 2) Weiter berichtet Wilhelm Laufer über den Projektentwurf Hauptstraße 83+85. Vorgesehen ist die Errichtung von einem Wohnhaus mit vier Wohneinheiten sowie die Errichtung von sechs Maisonethäusern. Das Grundstück soll in drei Parzellen geteilt werden, wodurch eine höhere Ausnutzung in Bezug auf Wohneinheiten möglich ist. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass im Fall von Grundstücksteilungen sämtliche Aufschließungsmaßnahmen für alle Teile gewährleistet und privat finanziert werden müssen. Durch den Einbau von Rasengittersteinen soll die verbindliche Grünfläche von 20% sichergestellt werden. Auch dieses Projekt entspricht den Bebauungsrichtlinien.

Punkt 3) Gemeinderat Laufer berichtet, dass die Firma Famosa Haus bei Bürgermeister Kovacs bezüglich der Erschließung eines neuen Wohngebietes im östlichen Anschluss der Heidesiedlung vorgesprochen hat. Bürgermeister Kovacs habe der Firma Famosa Haus dazu mitgeteilt, dass derzeit keine weiteren Gebiete aufgeschlossen werden. Dem Gemeinderat wird empfohlen, dem Projektwerber mitzuteilen, dass eine Bauland-Widmung in nächster Zeit seitens der Gemeinde nicht erfolgen wird.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis. Das gegenständliche Protokoll ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichts und wird diesem Protokoll als Kopie beigelegt.

b) Prüfungsausschuss vom 16.02.2021 (Audio 02:18:00– 02:21:00)

Rechberger Johann bringt dem Gemeinderat das Protokoll über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom 16.02.2020 vollinhaltlich zur Kenntnis. Der Gemeinderat nimmt den Bericht

einstimmig zur Kenntnis. Das gegenständliche Protokoll ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Berichts und wird diesem Protokoll als Kopie beigelegt. Nächster Termin für den Prüfungsausschuss ist am 04.05.2021.

7.) RESOLUTIONSANTRAG Berücksichtigung Kindeswohl im Asylverfahren und Reform humanitäres Bleiberecht (Audio 02:21:05 – 02:59:00)

Der Bürgermeister übergibt das Wort an Dr. Christa Wendelin, die den Resolutionsantrag bezüglich Berücksichtigung des Kindeswohles eingebracht hat. Sie führt aus, den Antrag nicht als Parteiantrag und auch nicht im eigenen Namen eingebracht zu haben, sondern um dahingehend ein Zeichen zu setzen, dass Kinder auf Erwachsene angewiesen seien. Es sei unsere Pflicht, uns für die Rechte der Kinder einzusetzen. Es solle dadurch mit möglichst vielen Unterschriften Druck bei der Bundesregierung ausgeübt werden. Dr. Christa Wendelin stellt den Antrag der Parndorfer Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Parndorfer Gemeinderat fordert die Regierung, insbesondere den Bundesminister für Inneres, auf, sich dafür einzusetzen, dass das Kindeswohl in allen Phasen des Asylverfahrens und insbesondere in Fällen des humanitären Bleiberechts vorrangig berücksichtigt wird, damit unmenschliche Abschiebungen wie jene in der letzten Jännerwoche in Zukunft vermieden werden können.

2. Der Parndorfer Gemeinderat fordert die Regierung, insbesondere den Bundesminister für Inneres auf, sich dafür einzusetzen, die Länger – unter Einbindung der betroffenen Gemeinden – im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung mit Instrumenten, wie etwa Härtefallkommissionen auszustatten, damit gut integrierten Personen und Familien ein humanitäres Bleiberecht gewährt werden kann.

Ing. Wolfgang Kment führt aus, dass dieses Thema nichts im Gemeinderat verloren habe und er dazu nicht mitdiskutieren wolle, er verlässt den Raum.

Im Gemeinderat wird ausführlich darüber diskutiert, bei welchen Stellen im Bund ein Resolutionsantrag zum Thema Kindeswohl im Asylverfahren sinnvollerweise eingebracht werden sollte. Erörtert wird dazu, dass, sofern der Gemeinderat Resolution beschließen wolle, ein solcher Antrag sowohl an das Bundeskanzleramt, Innenministerium und das Justizministerium gerichtet werden sollte.

Ebenso diskutiert wird, ob generell die Entscheidungen in diesen Belangen beim Bund, Land oder auf der Ebene der Gemeinde am sinnvollsten erscheinen. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen und im Ergebnis wird festgehalten, dass diese Entscheidung ohnehin nicht im Parndorfer Gemeinderat gefällt wird. Der Bürgermeister stellt klar, dass einige Themen einfach nichts im Gemeinderat verloren haben, das sind Bundesthemen, die im Gemeinderat nicht zu entscheiden sind und ohnehin zu nichts führen würden, geschweige denn man damit etwas bewirken könne.

Michael Koos stellt den Antrag, den Resolutionsantrag abzuändern. Der Resolutionsantrag soll nicht nur an das Innenministerium gerichtet werden, sondern auch an das Bundeskanzleramt und das Justizministerium (Punkt 1) und Punkt 2 des Antrages soll lauten: Der Parndorfer Gemeinderat fordert das Parlament der Republik Österreich auf, die gesetzliche Lage dahingehend zu ändern, dass Länder und Gemeinden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung mit den Instrument von Härtefallkommission ausgestattet werden, damit gut integrierten Personen und Familien ein humanitäres Bleiberecht gewährt werden könne. Dr. Christa Wendelin schließt sich dem erweiterten Antrag von Michael Koss an.

Heinz-Peter Neuner stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Gemeinderatsitzung zu verschieben, um den Resolutionsantrag nochmal umzuformulieren. Dieser Antrag wird vom Gemeinderat mit Gegenstimmen von Norbert Samwald, Johann Rechberger, Franz-Peter Bresich, Eva Nebenmayer, Stefan Vestl, Yakup Atalay, Michael Koss, Wilhelm Laufer, Christine Henhappel, Christa Wendelin, Gottfried Wallentich, Christian Ortner, Christine Mujzer und Stimmenthaltungen von Ing. Wolfgang Kovacs, Franz Huszar, Paul Czerwenka, Michael Boschner, Ing. Wolfgang Daniel abgelehnt.

Der Gemeinderat stimmt danach den gleichlautenden Anträgen von Michael Koss und Christa Wendelin mehrheitlich zu, mit Gegenstimmen von Christian Ortner und Christine Henhappel und Stimmenthaltungen von Franz-Peter Bresich, Michael Boschner, Ing. Wolfgang Kovacs, Heinz-

Peter Neuner und Franz Huszar. Gabriele Arndt, Ing. Wolfgang Kment, Jakob Skodler und Reinhold Hermann waren bei der Abstimmung im Saal nicht anwesend.

8.) REINIGUNGSKRÄFTE Teilzeitbeschäftigung, Ausschreibung (Audio 02:59:10 – 03:02:28)

Der Bürgermeister informiert, dass angedacht ist zwei Raumpfleger/innen aufzunehmen, in Teilzeitbeschäftigung für das Gemeindeamt und andere Einrichtungen der Gemeinde. Die Arbeitskräfte hätten somit eine Springerfunktion und damit in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsort flexibel sein. Aktuell ist die Firma Surein mit der Reinigung Gemeindeamt, der Post, der Feuerwehr und bei Personalausfällen beauftragt, wobei die Kosten dafür ziemlich hoch sind.

Der Gemeinderat beschließt nach gleichlautenden Anträgen von Heinz-Peter Neuner, Dr. Christa Wendelin und Gottfried Wallentich mehrheitlich, bei Gegenstimmen von Jakob Skodler und Franz-Peter Bresich, die Besetzung der Dienstposten von zwei „Raumpfleger/innen“ bis 02.04.2021 ortsüblich auszuschreiben. Die Stellenausschreibung ist ein wesentlicher Bestandteil dieses Protokolls und wird als Kopie dieser Niederschrift beigelegt.

9) PT-Liegenschafts GmbH (03:03:00 – 03:12:36)

Die PT- Liegenschafts GmbH hat aus der Masse der Firma Huber Warenhandel und Transport GmbH das Abbaufeld „Lukas“ auf den Grundstücken Nummer 2025/10, 2025/11 und 2025/12, alle in der KG Parndorf erworben („Huber-Grube“). Der Bürgermeister informiert, dass die Fa. Huber das Areal weitgehend ausgekiest und teilweise unrechtmäßig mit Gleisschotter befüllt habe.

Die PT-Liegenschafts GmbH hat nunmehr das Ansuchen gestellt, das Areal nach dem Restkiesabbau durch geländegleiche Verfüllung mit Bodenaushubmaterial im Ausmaß von etwa 60.000m³ nach den entsprechenden Vorgaben abzuschließen, um es einer geordneten Nachnutzung zuzuführen und um ein harmonisches Landschaftsbild wiederherzustellen. Vor dieser Umsetzung muss jedoch eine naturschutzbehördliche Bewilligung erwirkt werden. Für solch eine Bewilligung wird seitens der Raumordnungsabteilung des Landes die Widmung „GEV“ (Grünfläche Entnahme- und Verfüllungsfläche) als notwendig Voraussetzung betrachtet.

Der Bürgermeister teilt mit, dass wenn in dieser Sitzung ein positiver Beschluss zu dem Ansuchen gefasst werde, es möglich ist die Widmung noch in den derzeit laufenden Flächenwidmungsplan aufzunehmen, sonst kommt es zu einer Verzögerung der Umwidmung um zirka 1 bis 2 Jahre.

Ing. Wolfgang Daniel stellt den Antrag, dem Ansuchen der PT-Liegenschafts GmbH zuzustimmen, unter der Voraussetzung, dass ein Nachnutzungskonzept und ein Verkehrskonzept der Gemeinde vorab vorgelegt werde. GV Michael Koss und Bürgermeister weisen darauf hin, dass ein Verkehrskonzept ohnehin gegeben ist. Zumindest drei Monate vorher sollten die Unterlagen vorliegen, um die entsprechenden Gremien damit befassen zu können. Sodann ist die Weitergabe an die AIR erst möglich. Für die Überwachung der Sanierung der Grube sind die verantwortlichen Behörden zuständig.

Nach den gleichlautenden Anträgen von Gemeindevorstand Ing. Wolfgang Daniel und Gemeindevorstand Michael Koss beschließt der Gemeinderat einstimmig, dem Ansuchen der PT-Liegenschafts GmbH mit dem Zusatz noch vor der Umwidmung ein Nachnutzungskonzept, ein Verkehrskonzept vorzulegen und die entsprechend ordnungsgemäß Sanierung der Grube zu veranlassen, zuzustimmen.

12.) Allfälliges

a) (Audio 04:09:00-04:09:10) Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs kündigt an, dass voraussichtlich am 25.03.2021 um 19:00 Uhr die nächste Gemeinderatssitzung stattfinden wird.

b) (Audio 04:10:57-04:12:30) Der Bürgermeister berichtet, dass bei dem Projekt „Parndorf geht“ in der kommenden Woche die Ausbildung zum Fußgängerbeauftragten stattfinden. Die Anmeldungen dazu sind bereits erfolgt und auch bezahlt für zwei Teilnehmer. Michael Boschner und Johann Rechberger melden sich, an diesem Workshop teilzunehmen.

c) (Audio 04:12:30-04:16:00) Norbert Samwald fragt nach, wann der Weg zum Badestrand saniert wird. Der Bürgermeister teilt mit, dass er laufend nachfrage, jedoch immer auf später verwiesen werde. Offenbar ist die Frage des Kanalanschlusses des „Sutrich-Grundstückes“ noch immer nicht gelöst. Es wäre gut, wenn die Errichtung der Straße noch vor dem Sommer erfolgen würde. Eine

Sanierung durch die Gemeinde ist nicht möglich, da die Gemeinde nicht Eigentümer ist. In diesem Zusammenhang berichtet der Bürgermeister auch, dass es offenbar in der angrenzenden Naturfläche zu Baumschlägerungen gekommen ist. Auf der Gemeinde ist diesbezüglich eine Beschwerde eingelangt. Das Grundstück befindet sich ebenfalls nicht im Besitz der Gemeinde und daher ist der Eigentümer zuständig.

Danach ist die Tagesordnung erschöpft und es wird nichts mehr vorgebracht.


Der vorsitzende Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs dankt allen Erschienenen für ihre rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Gelesen, genehmigt und gefertigt.

Der vorsitzende Bürgermeister:



Die Mitglieder des Gemeinderates:



Die Schriftführerin:

